



NIEDERSCHRIFT

über die 36. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 30.10.2018,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 17:52



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Rudi Eichhorn

Andreas Hott

Vertretung für Herrn Morio

Peter Lerch

SPD

Dr. Christine Altstötter-Gleich

Hermann Demmerle

Florian Maier

Aydin Tas

Hans Peter Thiel

Bündnis 90/Die Grünen

Lukas Hartmann

Sophia Maroc

FWG

Wolfgang Freiermuth

FDP

Jochen Silbernagel

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Beigeordnete/r



Rudi Klemm

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Berichterstatter

Bernhard Eck

Michael Götz

Stefan Joritz

Christoph Kamplade

Martin Messemer

Falk Pfersdorf

Hans Schlösser

Julia Westermann

Sonstige

Sandra Diehl

Schriftführer/in

Dominik Hoffmann

Entschuldigt

CDU

Rolf Morio

entschuldigt



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnungsordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2014
Vorlage: 060/045/2018
3. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2015
Vorlage: 060/049/2018
4. Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 060/047/2018
5. Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 060/048/2018
6. Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 060/046/2018
7. Jahresabschluss 2017 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts
Vorlage: 860/400/2018
8. Vereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH über den Zuschuss zum Betrieb des Freibades am Priëßnitzweg
Vorlage: 200/294/2018
9. Stadtwald; Neustrukturierung der Holzvermarktung im Land Rheinland-Pfalz, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 – Gründung der kommunalen Holzvermarktungsorganisation „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“
Vorlage: 230/341/2018
10. Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)
Vorlage: 300/146/2018



11. Erweiterung des Hauptfriedhofes, Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes
Vorlage: 320/121/2018
12. Instandsetzung Treppenanlage Goethepark Zugang Nord
Vorlage: 350/115/2018
13. Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-West für die Jahre
2019 - 2022
Vorlage: 350/117/2018
14. Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-Mitte für die Jahre
2019 - 2022
Vorlage: 350/118/2018
15. Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-Ost für die Jahre 2019
- 2022
Vorlage: 350/119/2018
16. Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-Süd für die Jahre 2019
- 2022
Vorlage: 350/120/2018
17. Vergabe von Planungsleistungen zur teilweisen Neugestaltung und
Instandsetzung des Ostparks
Vorlage: 350/124/2018
18. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“:
Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“
– Grundsatzentscheidung Konzeptvergabe mit Festpreisen
Vorlage: 610/529/2018
19. Namensgebung für die Zugangstreppe zum Campus der Universität in Landau
in der Pfalz
Vorlage: 620/031/2018
20. Abrechnung der Erschließungsmaßnahme DH 5 in Dammheim
Vorlage: 680/182/2018
21. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2014

Der Vorsitzende und Beigeordneter Klemm waren nach § 22 Gemeindeordnung befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron übernahm den Vorsitz.

Der Vorsitzende eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, auf die hingewiesen wird. Er übergab danach das Wort an das Ratsmitglied Bakhtari.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, gab einen kurzen Bericht zu den Prüfungen. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2014 sowie
- b. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2014.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Jahr 2015

Der Vorsitzende und Beigeordneter Klemm waren nach § 22 Gemeindeordnung befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Bürgermeister Dr. Ingenthron übernahm den Vorsitz.

Der Vorsitzende eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, auf die hingewiesen wird. Er übergab danach das Wort an das Ratsmitglied Bakhtari.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, gab einen kurzen Bericht zu den Prüfungen. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- c. die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2015 sowie
- d. die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2015.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017

Der Vorsitzende und Bürgermeister Dr. Ingenthron waren nach § 22 Gemeindeordnung befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Beigeordneter Klemm übernahm den Vorsitz.

Der Vorsitzende eröffnete den Tagesordnungspunkt und verwies auf die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, auf die hingewiesen wird. Er übergab danach das Wort an das Ratsmitglied Bakhtari.

Ratsmitglied Bakhtari, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, gab einen kurzen Bericht zu den Prüfungen. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Landauer Kunststiftung für das Haushaltsjahr 2017 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017

Bürgermeister Dr. Ingenthron war gemäß § 22 Gemeindeordnung befangen und hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Der Vorsitzende erläuterte die Vorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, auf die hingewiesen wird. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Strieffler Stiftung für das Haushaltsjahr 2016 sowie
- b) die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2016



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Prüfung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung und Entscheidung über die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017

Der Vorsitzende, Bürgermeister Dr. Ingenthron und Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 Gemeindeordnung befangen und haben an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen.

Ratsmitglied Eichhorn übernahm als ältestes Ausschussmitglied den Vorsitz.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 29. August 2018, auf die hingewiesen wird. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Bürgerstiftung für das Haushaltsjahr 2017 sowie

die Entlastung des Vorstandes für das Haushaltsjahr 2017.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Jahresabschluss 2017 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes vom 8. Oktober 2018, auf die hingewiesen wird. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung

- I. Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2017 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 92.777.411,58 € und den Jahresgewinn mit 898.614,50 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

Abwasserbeseitigung mit	834.030,90 €
Abfallentsorgung mit	264.263,11 €
Bauhof mit	-131.834,48 €
Straßenreinigung mit	-74.372,35 €
Service	6.527,32 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresgewinn der Betriebszweige Abwasserbeseitigung und Service wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresgewinn des Betriebszweiges Abfallentsorgung wird dem Gewinnvortragskonto zugewiesen. Der Jahresverlust der Betriebszweige Bauhof und Straßenreinigung wird mit der allgemeinen Rücklage verrechnet.

- II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Vereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH über den Zuschuss zum Betrieb des Freibades am Prießnitzweg

Der Vorsitzende war gemäß § 22 Gemeindeordnung befangen und hat an der Beratung und Abstimmung nicht teilgenommen,

Bürgermeister Dr. Ingenthron übernahm den Vorsitz.

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung vom 23. Oktober 2018, auf die hingewiesen wird.

Ratsmitglied Hartmann stellte den Antrag, zum Ausgleich der Inflationsrate der kommenden Jahre die Vorlage entsprechend zu erweitern. Ansonsten müsste jedes Jahr über einen entsprechenden Ausgleich neu beschlossen werden.

Ratsmitglied Maier erklärte, dass diese Ergänzung wohl nochmals mit der Stadtholding abgestimmt werden müsste.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass der Aufnahme einer Inflationsrate zugestimmt werden kann, solange dies unproblematisch umgesetzt werden könnte.

Herr Messemer äußerte Bedenken hinsichtlich der durch die Aufsichtsbehörde erlassenen Richtlinie zum Teilhaushalt 15 "freiwillige Leistungen". In diesem wurde der begrenzte Zuschussbetrag ohne Inflationsrate bewilligt. Es sehe keine Notwendigkeit, nun solch eine Klausel einzuarbeiten. Auf etwaige Änderungen könnte man im Einzelfall entsprechend reagieren.

Ratsmitglied Dr. Migl gab an, dass die Vorlage so belassen werden und im Bedarfsfall reagiert werden soll.

Ratsmitglied Hott erklärte, dass im Bereich der freiwilligen Leistungen Sorgfalt geboten ist. Am Ende müssten zum Ausgleich die Eintrittspreise erhöht werden, was man auch nicht wolle.

Ratsmitglied Hartmann erklärte, dass er seinen Antrag zurückziehe. Er gab jedoch zu bedenken, dass es je nach Wetterlage sehr gute, aber auch schlechte Jahre für das Schwimmbad geben kann. Er fragte weiterhin nach, ob der Zuschussbeitrag in Höhe von 300.000 € zur Neueröffnung des Freibades festgelegt und seitdem nicht mehr erhöht wurde.

Herr Messemer bestätigte dies. Auf Grund von Abschreibungen und Unterhaltungskosten bestünde durchaus irgendwann die Notwendigkeit hier nachzusteuern. Sollte durch schlechte Witterungsverhältnisse einmal ein höheres Defizit bestehen, müsste auch entsprechend reagiert werden.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:



Der Stadtrat stimmt der Zuschussvereinbarung zwischen der Stadt Landau in der Pfalz und der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH, betreffend das Freibad am Priëßnitzweg, zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Stadtwald; Neustrukturierung der Holzvermarktung im Land Rheinland-Pfalz, mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 – Gründung der kommunalen Holzvermarktungsorganisation „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Liegenschaftsabteilung vom 16. Oktober 2018, auf die hingewiesen wird. Durch die bestehende EU-Situation wird es künftig nicht mehr möglich sein, die Holzvermarktung in der bestehenden Form durchzuführen. Es müssten nun kommunale Holzvermarktungs-GmbHs gegründet werden. In der letzten Sitzung des Umweltausschusses sei diskutiert worden, ob das gesamte Waldgebiet an einen externen „Betreiber“ verpachtet werden oder der Eintritt in die „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“ erfolgen soll. Aufgrund der kommunalen Solidarität, die allen Beteiligten Vorteile bringen wird, empfiehlt die Verwaltung die Beteiligung an der zum 1. Januar 2019 neu gegründeten vorgenannten GmbH.

Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass die Stadt Landau in der Pfalz zur Sicherstellung der Holzvermarktung ab dem 1. Januar 2019 die nach dem Gesamtkonzept der Lenkungsgruppe, bestehend aus Vertretern des Ministeriums für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz sowie dem Waldbesitzerverband für Rheinland-Pfalz, vorgeschlagene neue kommunale Holzvermarktungsorganisation „Kommunale Holzvermarktung Pfalz GmbH“ mit dem Sitz in Maikammer gemeinsam mit den übrigen Städten, Gemeinden bzw. Verbandsgemeinden in der Holzvermarktungsregion errichtet und sich als Gesellschafter daran beteiligt (Grundsatzbeschluss).
2. Die Verwaltung wird damit beauftragt, alle zur Gründung erforderlichen Schritte gemäß § 92 GemO und die Vorlage der notwendigen Unterlagen an die ADD zu veranlassen; dazu gehört insbesondere die Ausarbeitung der dafür erforderlichen Analyse und des Entwurfs für den Gesellschaftervertrag auf Grundlage der vorliegenden Entwürfe in der bereits gebildeten Arbeitsgruppe und in Abstimmung mit den übrigen Arbeitsgruppen für die anderen vier kommunalen Holzvermarktungsgesellschaften sowie mit dem Gemeinde- und Städtebund.
3. Die einheitliche Stammeinlage i.H.v. 3.000,00 € je Gesellschafter ist im Haushalt 2019 auf dem PK 6260.11192 zu veranschlagen. Die Mittel werden durch den Stadtrat vor Genehmigung des Haushaltes 2019 zur Auszahlung freigegeben.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Erhebung von Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung)

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 5. September 2018, auf die hingewiesen wird. Er erklärte weiterhin, dass er in der letzten Woche ein Gespräch mit den betroffenen Gastronomen geführt hat. Diese haben zum Ausdruck gebracht, dass diese Steuererhöhung einen Einnahmeverlust für sie darstellt. Diesem Aspekt sei man sich bewusst, weshalb auch nur der Steuersatz in Spielhallen auf 20% angehoben werden soll.

Seitens der Ausschussmitglieder bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Entwurf zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Erweiterung des Hauptfriedhofes, Neuanlage eines muslimischen Grabfeldes

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 10. Oktober 2018, auf die hingewiesen wird. Seit vielen Jahren beschäftigen sich die Verwaltung nun mit dieser Thematik und hat sich einer Vielzahl von Problemen angenommen, um eine muslimische Bestattung zu ermöglichen. Die Sitzungsvorlage wurde bereits im Beirat für Migration und Integration, sowie im Umweltausschuss behandelt.

Ratsmitglied Lerch gab an, dass die CDU-Fraktion die Sitzungsvorlage begrüßt. Die Umsetzung dieses Projekts stellt ein wichtiger Schritt zur Integration dar. Sie wünschen sich, dass seitens der Stadtverwaltung unter Einbeziehung der muslimischen Gemeinden eine Informationsveranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger durchgeführt wird.

Ratsmitglied Tas erklärte ebenfalls, dass es wichtig sei, die Bevölkerung zu informieren. Es sei wichtig, den eingeschlagenen Weg beizubehalten und das Projekt weiterhin zu unterstützen. Die Schaffung eines muslimischen Grabfeldes bedeute eine Stärkung des Heimatgefühles der muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Er bedankte sich beim Vorsitzenden, bei Herrn Bürgermeister Dr. Ingenthron und der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende schob ein, dass eine Informationsveranstaltung durchgeführt werden soll.

Ratsmitglied Freiermuth machte deutlich, dass zur Förderung der Integration die Erweiterung des Hauptfriedhofes um ein muslimisches Grabfeld begrüßenswert ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begrüßte die Sitzungsvorlage ebenfalls.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1) Westlich des Hauptfriedhofes wird auf einer bisher als Brachwiese genutzten Fläche mit der Fl.St.Nr. 2560/2 ein Grabfeld errichtet für Verstorbene, die nach muslimischem Ritus beigesetzt werden sollen.

2) Zu dieser Nutzung ist eine Teilfläche von ca. 570 m² des im Eigentum der Bürgerstiftung stehenden Grundstückes zu erwerben.

3) Die Finanzierung erfolgt aus dem Gebührenhaushalt Friedhofs- und Bestattungswesen.

Die zum Erwerb der Friedhofsfläche eingestellten Mittel von 50.000,- € werden im Haushalt 2018 freigegeben. Nach Rechtskraft des Haushalts 2019 werden weitere 50.000,- € für den Bau des Friedhofsteils freigegeben.

4) Die Friedhofssatzung ist den neuen Gegebenheiten anzupassen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Instandsetzung Treppenanlage Goethepark Zugang Nord

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 4. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann regte an, dass im Zuge der jetzigen Arbeiten die dortige Rampe verbreitert werden könnte. Dann könnten Rollstuhlfahrer, Fahrradfahrer oder Mütter mit Kinderwägen die Rampe besser nutzen.

Beigeordneter Klemm nahm den Vorschlag auf. Er gab aber gleichzeitig auch zu verstehen, dass kein Versprechen zur Umsetzung gegeben werden kann.

Durch die Hauptsatzung dazu ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss dem nachfolgenden Beschlussvorschlag einstimmig mit 16 Ja-Stimmen zu.

Die Firma Herxheimer Pflanzenhof aus Herxheim soll mit den Arbeiten zur Instandsetzung der Treppenanlage im Goethepark am Zugang Nord beauftragt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-West für die Jahre 2019 - 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 8. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann gab an, dass seine Fraktion dieser und den drei folgenden Vorlagen nicht zustimmen wird. Durch eine getrennte Ausschreibung der vier Pflegebezirke wollte die Verwaltung erreichen, dass auch kleinere Firmen diese Aufträge ausführen können. Letztendlich vergabe man die vier Aufträge dann doch an eine Firma. Das sei für sie nicht nachvollziehbar. Weiterhin lehnen sie die Vorlagen ab, da in diesen keine Angaben zu den ökologischen Kriterien der Pflegeausführungen aufgeführt sind.

Beigeordneter Klemm erläuterte, dass die Verwaltung nicht beeinflussen könne, welche Firmen sich an den Ausschreibungen beteiligen. Mit Blick auf die Haushaltslage könnten nicht alle Pflegekriterien gedeckt werden. Durch die Pflege der Grünflächenabteilung werde bereits vielen umgesetzt, alles sei jedoch nicht möglich.

Ratsmitglied Maier lobte die behutsame Arbeit der Grünflächenabteilung.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu.

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Grünflächenpflegeleistungen im **Pflegebezirk Landau-West** für den Zeitraum 2019 bis 2022 an die Fa. Gartenleben Borchert GmbH aus Ludwigshafen mit einer Auftragssumme in Höhe von 338.797,26 € zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-Mitte für die Jahre 2019 - 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 8. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Nach den Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 13 gab es keinen weiteren Erläuterungsbedarf.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu.

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Grünflächenpflegeleistungen im **Pflegebezirk Landau-Mitte** für den Zeitraum 2019 bis 2022 an die Fa. Gartenleben Borchert GmbH aus Ludwigshafen mit einer Auftragssumme in Höhe von 386.966,85 € zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-Ost für die Jahre 2019 - 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 8. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Nach den Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 13 gab es keinen weiteren Erläuterungsbedarf.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu.

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Grünflächenpflegeleistungen im **Pflegebezirk Landau-Ost** für den Zeitraum 2019 bis 2022 an die Fa. Gartenleben Borchert GmbH aus Ludwigshafen mit einer Auftragssumme in Höhe von 349.391,95 € zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

Vergabe der Grünflächenpflege im Pflegebezirk Landau-Süd für die Jahre 2019 - 2022

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 8. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Nach den Wortmeldungen bei Tagesordnungspunkt 13 bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss mehrheitlich mit 14 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu.

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Grünflächenpflegeleistungen im **Pflegebezirk Landau-Süd** für den Zeitraum 2019 bis 2022 an die Fa. Gartenleben Borchert GmbH aus Ludwigshafen mit einer Auftragssumme in Höhe von 482.669,52 € zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)

Vergabe von Planungsleistungen zur teilweisen Neugestaltung und Instandsetzung des Ostparks

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 18. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig mit 16 Ja-Stimmen dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu.

Die freiraumplanerischen Leistungen zum Sonderprogramm Entwicklung Ostpark sollen an das Büro bauchplan).(baldauf otto okresek landschaftsarchitekten u. stadtplaner partnerschaft mbB aus München mit einer vorläufigen Auftragssumme in Höhe von 258.808,72 € beauftragt werden.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)

Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme „Konversion Landau Süd“:
Auswahlverfahren zur Grundstücksveräußerung im „Wohnpark Am Ebenberg“ –
Grundsatzentscheidung Konzeptvergabe mit Festpreisen

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes, Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung, vom 11. Oktober 2018, auf die hingewiesen wird. Die Verwaltung schlägt vor, künftige Baufelder im „Wohnpark Am Ebenberg“ ausschließlich im Rahmen der dargestellten Konzeptvergabe zu vergeben.

Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1. Die Vermarktung und Vergabe der Baufelder im „Wohnpark Am Ebenberg“ erfolgt zukünftig als Konzeptvergabe mit Festpreisen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die künftigen Ausschreibungen mit rein fachlichen Kriterien – baufeldbezogen – vorzubereiten und durchzuführen. Das Ausschreibungsexposé sowie die von der Jury formulierten Bewertungsvorschläge werden den Gremien weiterhin zum Beschluss vorgelegt.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)

Namensgebung für die Zugangstreppe zum Campus der Universität in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes, Abteilung Vermessung und Geoinformation, vom 17. Oktober 2018, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er ergänzte, dass die Universitätsleitung der Verwaltung den Vorschlag unterbreitet hat, die Zugangstreppe zur Universität nach den Geschwistern Scholl zu benennen. Im Anbetracht des diesjährigen 75. Todestages der Geschwister Scholl begrüße die Verwaltung diesen Vorschlag sehr.

Ratsmitglied Hartmann äußerte seine persönliche Meinung, nicht die seiner Fraktion. Er könne der Sitzungsvorlage nicht zustimmen, da bei der Entscheidungsfindung weder die Studierenden selbst, noch der Senat der Universität miteinbezogen wurde. Es sei eine reine Entscheidung des Präsidiums. Weiterhin sei die Treppe unter den Studierenden enorm unbeliebt. Man sollte deshalb die Benennung nicht ohne Not durchführen, weshalb er beantragt, die Beschlussfassung zu verschieben. Er gab weiter an, dass er sich eine Vorbesprechung im Ältestenrat gewünscht hätte. Mit der Benennung dieser Treppe werde man den Verdiensten der Geschwister Scholl nicht gerecht. Man sollte abwarten und dann gegebenenfalls eine Straße oder einen Platz nach den Geschwistern benennen.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, dass die Beliebtheit – oder Unbeliebtheit eine extrem subjektive Einschätzung darstelle. Man war sich mit dem Präsidium der Universität einig, dass in diesem besonderen Jahr eine Ehrung auf dem Areal des Campus erfolgen soll. Über interne Abstimmungen innerhalb der Universität habe die Verwaltung keine Kenntnis. Die Idee mit der Treppenbenennung war jedoch ansprechend. Deshalb empfehle er, den Beschlussvorschlag wie vorgelegt anzunehmen.

Ratsmitglied Dr. Altstötter-Gleich erklärte, dass sie als Mitarbeiterin der Universität diese Treppe fast täglich nutze. Für sie persönlich bietet das Begehen einer Treppe eine gute Möglichkeit, um über die Benennung der Treppe nachzudenken. Sie fände es bedauerlich, wenn man diese Chance nicht wahrnehmen würde. Die Geschwister Scholl waren doch sehr verbunden mit dem universitären Handeln.

Der Vorsitzende ergänzte hierzu, dass momentan sogar darüber nachgedacht wird, auf den Treppenstufen Zitate anzubringen. Dies würde den meditativen Gedanken weiter unterstützen.

Ratsmitglied Lerch erklärte, dass seine Fraktion aufgrund des Lebenslaufes der Geschwister Scholl eine Benennung der Treppe auf dem Universitätscampus befürwortet. Könnte künftig innerhalb der Stadt nochmals eine geeignete Straße oder ein Platz nach den Geschwistern Scholl benannt werden, würden sie dies ebenfalls unterstützen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass man die Namensgebung heute auf den Weg bringen sollte. Man könnte damit ein wichtiges Zeichen setzen. Die Interna der Universität betreffen nicht die Verwaltung.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass man mit der Benennung den historischen Hintergrund würdigen würde. Er stimme deshalb der Vorlage zu.



Ratsmitglied Hott ergänzte, dass die Treppe die Universität zur Stadt hin öffne. Er befürwortet die Namensgebung.

Ratsmitglied Dr. Bals regte an, zusätzlich eine Hinweistafel zu den Geschwistern Scholl an der Treppe zu platzieren.

Ratsmitglied Maroc sprach für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deren Zustimmung zur Sitzungsvorlage aus. Sie schlug vor, zur Gestaltung der Treppe die Kunstabteilung der Universität hinzuzuziehen.

Nach den Wortmeldungen machte Ratsmitglied Hartmann deutlich, dass er seinen Vertagungsantrag aufrechterhalten möchte.

Der Vorsitzende bat deshalb um Abstimmung über den Vertagungsantrag.

Der Vertagungsantrag wurde mehrheitlich mit 2 Ja-Stimmen und 14- Gegenstimmen durch den Hauptausschuss abgelehnt.

Durch die Hauptsatzung ermächtigt, stimmt der Hauptausschuss einstimmig mit 15 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu.

Auf Grund einer gemeinsamen Initiative der Universität Koblenz-Landau und der Stadt Landau soll die Zugangstreppe zum Campus Landau den Namen

„Geschwister-Scholl-Treppe“

erhalten.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)

Abrechnung der Erschließungsmaßnahme DH 5 in Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Bauamtes, Abteilung Bauverwaltung, vom 22. Oktober 2018. Es bestand kein weiterer Erläuterungsbedarf.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Stadtrat einstimmig mit 16 Ja-Stimmen den nachfolgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt Erstattungen in Höhe von rund 170.000,00 EURO an die Grundstückseigentümer im Rahmen der Abrechnung der Erschließungsmaßnahme DH 5 in Dammheim zu und stellt hierfür noch in 2018 die entsprechenden Haushaltsmittel zur Verfügung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)

Verschiedenes



Die Niederschrift über die 36. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 30.10.2018 umfasst 31 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis xxx.

Vorsitzender

Thomas Hirsch

Dominik Hoffmann
Schriftführer